

5. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen abbilden

Frage 5.1 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der frühkindlichen Bildung berücksichtigen

a) Wie werden Sie dafür sorgen, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt fester Bestandteil des Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wir streben zunächst an, dass die Pädagog*innen in Aus- Fort- und Weiterbildung die notwendigen Kompetenzen erhalten, um geschlechtersensibel und diskriminierungsfrei Wissen zu Geschlechtervielfalt zu vermitteln.	Geschlechtervielfalt und Geschlechtergerechtigkeit sollen bereits Thema in Kindertageseinrichtungen sein. Denn Prävention gegen Diskriminierung und Mobbing sollte schon im frühen Kindesalter ansetzen. Daher werden wir bei der nächsten Überarbeitung des Bildungsprogramms „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ die stärkere Berücksichtigung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt anregen.	DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich im Rahmen der Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die Belange der LSBTIQ*-Community bei der Umsetzung von „Bildung elementar“ berücksichtigt werden.	Keine konkrete Antwort	„Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ haben in der „frühkindlichen Bildung“ nichts, aber auch gar nichts verloren. Kinder unter sechs Jahren müssen sich überhaupt nicht mit dem Thema „Sexualität“ befassen, erst recht nicht mit abweichenden Formen von Sexualität. Unsere Kinder müssen vielmehr unter dem Leitbild der normalen Familie mit Vater, Mutter und möglichst mehreren Kindern erzogen werden. Das, was aus Sicht der LSBTTI-Aktivist*innen als „heteronormativ“ bezeichnet und mit diesem Begriff herabgesetzt werden soll, ist unser Idealbild.

Frage 5.1 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der frühkindlichen Bildung berücksichtigen

b) Welche Strategien werden angestrebt, um weitere geschlechtervielfaltsbewusste Materialien für die pädagogische Praxis (sowohl Kita, als auch Grundschule und weiterführende Schulen) bereitzustellen, wie bspw. im bestehenden Medienkoffer-Angebot beim KGKJH enthalten?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	<p>Wir legen bei den zukünftigen Lehrplänen darauf wert, dass die Akzeptanz von Unterschieden Teil der Wissensvermittlung an Kitas und Schulen wird.</p> <p>Hierzu legen wir besonderen Fokus auf den Medienkoffer, der diesbezüglich eine inhaltliche Ausweitung erfahren soll.</p>	<p>Wir wollen sowohl mit dem LISA als auch mit externen Partnern zusammenarbeiten, um Kitas und Schulen besser und häufiger mit geschlechtervielfaltsbewussten Materialien auszustatten. Das Projekt „Medienkoffer Geschlechtervielfalt“ für Kitas und Grundschulen, der sogenannte Kitakoffer des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe, wollen wir daher verstetigen und so ausbauen, dass deutlich mehr Einrichtungen daran partizipieren können. Bereits in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/21 haben wir uns erfolgreich für eine Steigerung der Mittel um 20.000 Euro jährlich eingesetzt. Diesen Weg wollen wir weitergehen und uns dafür einsetzen, dieses großartige Projekt in den Kitas noch bekannter zu machen. Dabei wichtig ist die fachliche Begleitung des Koffers, sodass Einrichtungen bei der Überreichung der Materialien eine entsprechende Erläuterung dieser und der dahinterstehenden Konzepte erhalten. Dadurch entsteht Weiterbildung auf beiden Seiten:</p>	<p>DIE LINKE wird den Austausch mit den Autorinnen und Autoren des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ und Fachexpertinnen und -experten suchen, um bestehende Angebote, wie z.B. den Medienkoffer oder die Bibliothek des KgKJH zu erweitern und neue Materialien den Kitas und Schulen zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten treten generell für eine möglichst große Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der jeweiligen Schule beziehungsweise der Lehrkräfte ein. Dies umfasst thematische Schwerpunktsetzungen im Rahmen des von den Schulen selbst festzulegenden Schulcurriculums ebenso wie den Einsatz von Unterrichtsmaterialien und die die Umsetzung von konkreten Projekten an den Schulen.</p>	Siehe 5 a

		Die Erzieher*innen erhalten das notwendige Wissen zu den verschiedenen Familienmodellen und LSBTIQ*-Ansätzen, dass sie dann später in der Arbeit mit den Kindern einbringen können. Hiermit wird nachhaltig Akzeptanz und Toleranz geschaffen.			
--	--	--	--	--	--

Frage 5.2 Bildungsplan für Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* auf den Weg bringen

Werden Sie dafür sorgen, dass auch in Sachsen-Anhalt ein Bildungsplan erarbeitet und auf den Weg gebracht wird, der die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten wahrnimmt und im Rahmen der schulischen Bildung thematisiert, um den Zielen des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt gerecht zu werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Keine konkrete Antwort	Ja, wir wollen einen Bildungsplan mit Maßnahmen für die Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* auf den Weg bringen, um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und die Lebenswelt von LSBTIQ*-Jugendlichen Teil des Schulkosmos werden.	DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ak-teur*innen und Fachexpert*innen einen Bildungsplan für das Land Sachsen-Anhalt zu erarbeiten, der der Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten Rechnung trägt und somit verbindlich Thema innerhalb schulischen Bildung wird.	Wir setzen uns dafür ein, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht behandelt wird und in den Bildungsplänen verankert bleibt. Entsprechendes gilt auch für die Lehrerausbildung.	In keinem Fall.

Frage 5.3 LSBTIQ*-freundliches Lehrmaterial etablieren

Inwiefern werden Sie dafür sorgen, dass Lehrmaterial auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Diskriminierungsfreiheit sowie auf ein respektvolles Miteinander geprüft und entsprechend im Unterricht eingesetzt wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	In diesem Zusammenhang soll das Lernmaterial umfassend auf Geschlechterklischees und Diskriminierung überprüft sowie entsprechend angepasst werden.	Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen und diskriminierungsfreien Umgang miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Dazu müssen Lern- und Lehrmaterialien angepasst werden. Wir wollen aktiv die Mitarbeit der von Diskriminierung betroffenen gesellschaftlichen Gruppen bei der Weiterentwicklung der Lernmittel unterstützen, damit auch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* in den Unterricht einfließen kann und die reale Vielfalt fächerübergreifend umfassend dargestellt wird.	Die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt muss in Unterrichtsmaterialien berücksichtigt werden. Ebenso dürfen diese keine Lebensweisen und Familienformen diskriminieren. Daher müssen gerade auch Lehrkräfte sowohl im Rahmen ihrer Ausbildung als auch in Fort- und Weiterbildungen dafür sensibilisiert werden, Diskriminierungstatbestände zu erkennen und die von ihnen verwendeten Materialien entsprechend auszuwählen.	Wir Freie Demokraten treten generell für eine möglichst große Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der jeweiligen Schule beziehungsweise der Lehrkräfte ein. Dies umfasst thematische Schwerpunktsetzungen im Rahmen des von den Schulen selbst festzulegenden Schulcurriculums ebenso wie den Einsatz von Unterrichtsmaterialien und die Umsetzung von konkreten Projekten an den Schulen.	Gar nicht.

Frage 5.4 LSBTIQ* in Fachlehrplänen berücksichtigen

Werden Sie die Fachlehrpläne aller Schulformen zur Berücksichtigung von LSBTIQ*-Thematiken in unserem Sinne überarbeiten?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wir stehen einer Aufnahme dieser Thematik offen gegenüber, weisen aber darauf hin, dass hierdurch noch keine konkreten Inhalte in den einzelnen Unterrichten vorgegeben werden. Die Lehrpläne untersetzen die Anforderungen der Bildungsstandards der KMK und stellen lediglich eine Art Kerncurriculum über die zu erwerbenden Kompetenzen von Schüler*innen innerhalb von Schuljahrgängen dar. Über die konkrete Umsetzung des Lehrplans entscheiden dann die Schulen vor Ort. Angebote wie die Medienkoffer können aber helfen, diese Themen auch in die Schulen zu bringen.	Die Themenbereiche Geschlechtergerechtigkeit und LSBTIQ* müssen in den Lehrplänen abgebildet werden. Denn geschlechtsbezogene Vorurteile und stereotype Verhaltensweisen sind im Bildungsbereich nach wie vor verbreitet. Das beeinflusst die Berufsorientierung von Mädchen und Frauen sowie trans*, intergeschlechtlichen und nonbinären Personen und erschwert ihren Zugang zu technischen, naturwissenschaftlichen und gehobenen Berufen. Die Vorstellung von typischen „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ muss bereits in der Kindertagesstätte und in der Schule aufgebrochen werden.	Ja, DIE LINKE wird sich für eine Überarbeitung der Fachlehrpläne aller Schulformen im Hinblick auf die Berücksichtigung von LSBTIQ*-Themen in Zusammenarbeit mit allen zuständigen und beteiligten Akteur*innen und Fachexpert*innen einsetzen.	Wir setzen uns dafür ein, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht behandelt wird und in den Bildungsplänen verankert bleibt.	Niemals.

Frage 5.5 Sicherer Zugang zu Sanitär- und Umkleidekabinen für trans*, inter* und nichtbinäre Personen

Wie möchten Sie sicherstellen, dass trans*- intergeschlechtlichen sowie nichtbinären Kindern, Jugendlichen und Studierenden Zugang zu sicheren Sanitärräumen und Umkleidekabinen gewährt wird, um sie vor Mobbing u.a. durch Schulpersonal und Schüler*innen zu schützen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Möglichkeiten einer Errichtung von „Toiletten für alle“ an Bildungs- und auch anderen öffentlichen Einrichtungen wollen wir in der kommenden Legislatur prüfen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Entsendung von trans*-, intergeschlechtlichen sowie nichtbinären Kindern und Jugendlichen beispielsweise in eine gesonderte Umkleidekabine nicht ebenfalls zu Ausgrenzung führt. Hierfür ist auf eine geschlechtersensible Schulung des Personals sowie allgemein der Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds an Schulen und Universitäten zu achten.	Wir wollen die Schulen weiter stark dazu anregen und dafür ausstatten, für alle Schüler*innen ein Ort ohne Diskriminierung, Sexismus, Schikanieren und Gewalterfahrung zu sein. Mobbing ist eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler*innen. An allen Schulen müssen daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte sowie Programme zur Prävention von Gewalt und Diskriminierung ermöglicht werden. Sanitär- und Umkleideorte müssen künftig sichere Orte für trans*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Schüler*innen sein.	Individuelle Einzelkabinen oder eine Aufteilung unabhängig vom Geschlecht könnten eine Lösung sein. Unabhängig davon ist eine konsequente Sensibilisierung von Schulpersonal und Schüler*innen für LSBTIQ*-Themen ein wichtiger Bestandteil der Prävention.	Was Richtlinien für den Bau oder Umbau von Sanitäranlagen angeht, sind diese für öffentliche Gebäude insgesamt zu bestimmen.	Auch Personen der beschriebenen Gruppen stehen nie genau zwischen Mann und Frau. Immer überwiegt, wenn auch nur leicht, das eine oder andere Geschlecht. Solche Personen können die Toilette desjenigen Geschlechts benutzen, dem sie sich am ehesten zuordnen lassen. Was nun die Umkleidekabinen und die Sanitäranlagen angeht, so sollte, wenn der betreffenden Person nicht zuzumuten ist, sich vor anderen zu entblößen, eine Möglichkeit geschaffen werden, sich unbeobachtet umzuziehen und auch unbeobachtet Sanitäranlagen zu benutzen. Allerdings ist auch festzuhalten, dass der Anteil solcher Personen so gering ist, dass sich dieses Problem überhaupt nur an wenigen Schulen stellen dürfte.

Frage 5.6 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Aus- und Fortbildung verankern

a) Wie sollen die Themenbereiche sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und insbesondere Trans*- und Intergeschlechtlichkeit zukünftig verpflichtend in Berufs- und Hochschulen gelehrt werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Unterschiedlichkeit einzelner Studiengänge beziehungsweise Berufsausbildungen lässt nur wenig Raum für eine generelle und verpflichtende Aufnahme des Themenbereiches „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ in die Lehrpläne – auch, weil beispielsweise nicht in jedem Studium Module außerhalb des Kernfaches angeboten werden. Wir erachten daher die Qualifizierung des Lehrpersonals zu diesem Feld für sinnvoller. Dieses ist dann befähigt, im Rahmen der Wissensvermittlung im jeweiligen Fach entsprechend auf Aspekte geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einzugehen. In einigen Studienfächern wie z.B. der Lehrkräfteausbildung, der Medizin und den Rechtswissenschaften halten wir eine Aufnahme in die Curricula für zwingend.	Auch für angehende Berufsschullehrkräfte sollen Ausbildungsinhalte und Fortbildungen zu sexuellen, geschlechtlichen und gender-Identitäten sowie zu Geschlechtervielfalt verpflichtend sein.	Prinzipiell ist für DIE LINKE die Freiheit von Forschung und Lehre ein hohes Gut. Daher sehen wir es als schwierig an, den Hochschulen einzelne Forschungs- und Lehrgebiete vorzuschreiben. Nichtsdestotrotz müssen Themenbereiche wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Eingang in die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen finden.	Wir setzen uns dafür ein, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht behandelt wird und in den Bildungsplänen verankert bleibt. Entsprechendes gilt auch für die Lehrerausbildung.	Gar nicht.

Frage 5.6 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Aus- und Fortbildung verankern

b) Wie werden Sie für eine Implementierung der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in die Erzieher*innen-Ausbildung sorgen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Siehe Antwort zu den Fragen 5.1. bis 5.3.: „Wir streben zunächst an, dass die Pädagog*innen in Aus- Fort- und Weiterbildung die notwendigen Kompetenzen erhalten, um geschlechtersensibel und diskriminierungsfrei Wissen zu Geschlechtervielfalt zu vermitteln.“	Sexuelle, geschlechtliche und gender-Vielfalt wollen wir zu einem festen Bestandteil der Erzieher*innen-Ausbildung machen. Die Themen sollen so aufbereitet werden, dass die angehenden Erzieher*innen das notwendige Wissen zu den verschiedenen Familienmodellen und Geschlechteridentitäten erhalten, das sie dann später in der Arbeit mit den Kindern einbringen können.	DIE LINKE setzt sich generell dafür ein, queere Lebensweisen verbindlich in die Curricula der Erzieher*innen- und Lehrkräfteausbildung aufzunehmen, um diese als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts zu verankern.	Keine konkrete Antwort	Gar nicht.

Frage 5.6 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Aus- und Fortbildung verankern

c) Wie stellen Sie sicher, dass Weiterbildung und Sensibilisierung von Lehrkräften sowie sozialpädagogischen Fachkräften (u.a. auch Erzieher*innen) in diesem Themenbereich ausgebaut und von allen in Anspruch genommen wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Geschlechtersensibilität soll in Zukunft bereits ein Teil der Ausbildung sein, so dass die Wahrnehmung für dieses Thema durch die Lehrkräfte grundlegend gesichert ist (siehe Antwort zu den Fragen 5.1. bis 5.3.).	Die Aus- und Fortbildungen sollen für Lehrer*innen und sozialpädagogische Fachkräfte verpflichtend werden. Sie müssen so gestaltet werden, dass diese befähigt werden, unterschiedliche sexuelle, geschlechtliche und gender-Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln sowie Geschlechterstereotypen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.	Die Inhalte der Fort- und Weiterbildungsangebote sind hinsichtlich der LSBTIQ*-Themen entsprechend aufzubereiten.	Keine konkrete Antwort	Gar nicht.

Frage 5.7 Schulaufklärung durch gleichaltrige LSBTIQ*-Jugendliche ermöglichen

Wie werden Sie die Etablierung von Schulaufklärungs-Initiativen zur Sensibilisierung von Schüler*innen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fördern, die einen Peer-to-Peer-Ansatz verfolgen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Stärkung der Aufklärung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in der Schule, ist von hoher Relevanz und kann sinnvoll konzeptioniert zudem große Reichweite erzeugen. Derartige Initiativen mitsamt deren verschiedenen Ansätzen sind daher grundsätzlich zu begrüßen. Wir selbst wollen als Ansatzpunkt unter anderem die Nutzung des Medienkoffers ausbauen und dessen Verfügbarkeit spürbar ausweiten. Die Anschaffung von mindestens einem Koffer je Altersklasse pro Landkreis und kreisfreier Stadt ist angestrebt. Der peer-to-peer-Ansatz kann hier ebenfalls gute Ergebnisse erzielen und wird von uns unterstützt. Eine alleinige Bevorzugung sehen wir allerdings nicht als zielführend an, da gerade die flexible Reaktion auf die jeweils lokalen Bedürfnisse durch das Vorhalten unterschiedlicher Möglichkeiten gestärkt wird.	Wir wollen die queere Peer-to-Peer-Schulaufklärungsarbeit nach dem Vorbild der SCHLAU-Gruppen in NRW und Niedersachsen ausbauen. Die Erfolge in den anderen Bundesländern geben dem Projekt Recht. Die Schüler*innen können so auf niedrigschwellige Art und Weise zu LSBTIQ*-Themen ins Gespräch kommen, sie werden ermutigt, selbstbewusst mit ihrer eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität umzugehen und sie werden für die Lebenssituation (anderer) junger LSBTIQ*-Personen sensibilisiert.	Die Sexualbildung in den Schulen muss inhaltlich und methodisch-didaktisch auf den aktuellen Stand sexualwissenschaftlicher und soziologischer Erkenntnisse gebracht werden. Dies betrifft insbesondere die Aufklärung über die Vielförmigkeit sexuellen Lebens und die Pluralisierung von Lebensstilen. Ziel muss es sein, einer Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. Ein Peer-to-Peer Ansatz wirkt mittels positiver Effekte hinsichtlich der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und zeigt sich auch in der langfristigen Beschäftigung mit dem Themenfeld als besonders günstig. Eine Einbindung von Fachkräften, die strukturelle Schulung von pädagogischem Personal sowie die Schulung von Fachkräften in Einrichtungen der Jugendhilfen können diesen Ansatz unterstützen.	Ein konkretes, auf die Bildungsplanvorgaben abgestimmtes Aufklärungsprojekt könnte deshalb den Schulen als ein Vorschlag zur Umsetzung dieser Bildungsplanvorgaben oder ihres Schulcurriculums angeboten werden.	Gar nicht. Dies läuft darauf hinaus, dass sexuelle Abweichungen attraktiv erscheinen und den Schülern schmackhaft zu machen. An der Schule darf in keinem Fall für abweichende sexuelle Neigungen geworben werden.

Hintergrund: Peer-to-peer-Ansatz (Peer-Education) steht für den Aufbau eines Angebotes gegenseitiger Unterstützung und Hilfe sowie sinnvoller Beeinflussung und Anpassung durch Gleichaltrige. In verschiedenen Bundesländern (bspw. die SCHLAU-Gruppen, in Berlin ABqueer, in München das diversity-Projekt oder in Hamburg das Soorum) bieten ehrenamtliche Initiativen und Gruppen peer-to-peer-Begegnungen mit jungen lesbischen, schwulen, bi, trans*, inter* und queeren Menschen in Form von Workshops für Schulklassen an. Die ehrenamtlichen Teams führen mittels pädagogischer Methoden und evaluierter Konzepte niedrigschwellig und altersgerecht in das Themengebiet sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität mit Hilfe von Begriffsklärungen und ausgewählten Methoden ein. In autobiografischen Gesprächen geben sie einen Einblick in ihre Lebenswirklichkeiten, persönliche Biografien, beantworten Fragen der Teilnehmenden und thematisieren Coming-Out, Diskriminierungserfahrungen sowie Vorurteile und Rollenbilder. Angebote zur Schulaufklärung in Form von peer-to-peer-Begegnungen gibt es in Sachsen-Anhalt noch nicht. Hier besteht Nachholbedarf zur Etablierung dieses erfolgreichen Schulaufklärungskonzeptes.

Frage 5.8 LSBTIQ*-Ansprechpersonen in Schulen und Schulämtern benennen und fördern

Wollen Sie dafür sorgen, dass in Schulämtern und an Schulen fachlich kompetente Ansprechpersonen für LSBTIQ* benannt werden? Wie sollen diese unterstützt werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Eine Benennung von speziellen Ansprechpersonen für LSBTIQ* an Schulen und Schulämtern ist von uns derzeit nicht vorgesehen. Ansprechbar müssen in Bezug auf Schulämter die jeweiligen Gleichstellungsbeauftragten sowie – im Falle des Zustandekommens des Antidiskriminierungsgesetzes – die Stelle des*r Landes-Antidiskriminierungsbeauftragten sein. Darüber hinaus machen wir uns als SPD seit Jahren stark für die Verstärkung und Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulformen und Kindergärten als Teil multi-professioneller Teams. Wir werden deshalb prüfen, inwieweit die LSBTIQ*-Kompetenz als wichtiger Bestandteil der Ausbildung von Schulsozialarbeiter*innen gestärkt werden kann, sodass diese als Ansprechpartner*innen fungieren können.	Ja. Schon in der Kita und im Unterricht müssen unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermittelt werden. Leitbild und Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität. Jugendlichen muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder verbale Gewalt zu befürchten. Dazu wollen wir LSBTIQ*-Ansprechpersonen an den Schulen etablieren.	Ein zentraler Bestandteil einer Qualitätsverbesserung der Bildung an Schulen in Sachsen-Anhalt ist der Einsatz von multi-professionellen Teams an den Schulen, bestehend aus Sozialpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, IT-Fachleuten, Verwaltungsleiter*innen und Gesundheitspersonal. Innerhalb dieser Teams müssen auch kompetente Ansprechpersonen für LSBTIQ* bestimmt und entsprechend qualifiziert werden. Hierfür müssen durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung in Halle (LISA) in Kooperation mit den Fachexpert*innen entsprechende Schulungsangebote vorgehalten werden.	Wir befürworten außerdem generell die Benennung von Ansprechpersonen und ihren Zuständigkeiten. Auch mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Größen der Schulen und die entsprechend begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen sollte die einzelne Schule selbst entscheiden können, ob eine Beratungslehrkraft die Funktion der Ansprechperson für Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt mit übernimmt oder hierfür eine eigene Ansprechperson benannt wird.	Nein.

Frage 5.9 Diversity-Kompetenzen von Hochschulmitarbeiter*innen fördern

Inwiefern werden Sie dafür sorgen, dass Hochschulmitarbeiter*innen hinsichtlich ihrer Diversity-Kompetenzen geschult werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Im aktuellen LSBTTI-Aktionsprogramm ist ein Fachaustausch der Landesregierung mit den Hochschulen des Landes zur Anpassung von Curricula für einzelne Fachbereiche hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Geschlecht und Sexualität vorgesehen. Hierbei wurden auch bereits freiwillige Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Diversity geschaffen. Bei der Fortschreibung des Programms prüfen wir gerne, inwiefern diese Angebote noch einmal ausgeweitet werden können.	Gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen, unabhängig vom biologischen Geschlecht, der geschlechtlichen und gender-Identität, der sexuellen Orientierung oder Herkunft – das ist unser Ziel auch an den Hochschulen und für die Hochschulmitarbeiter*innen. Auch sie sollen ein Bewusstsein für die geschlechtliche Vielfalt auf dem Campus sowie für die Prävention von Diskriminierung von LSBTIQ* entwickeln. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Koordinierungsstelle Genderforschung und Chancengleichheit Sachsen-Anhalt (KGC), die sich aktiv für Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit und Genderforschung an den Hochschulen und in Sachsen-Anhalt stark macht. Die KGC arbeitet unter anderem mit Programmen zur Unterstützung von Karrierewegen in der Wissenschaft. Diese Programme sind teilweise vom Bund nur zeitweise bewilligt. Daher sollen sie evaluiert und gegebenenfalls aus Landesmitteln weitergeführt werden.	Wir werden uns dafür einsetzen, dass Fortbildungsangebote für Hochschulmitarbeiter*innen zum Thema Diversity geschaffen werden. Dies sehen wir unter anderem als Aufgabe, wenn sich die Hochschulen des Landes am Diversity Audit des deutschen Stifterverbandes beteiligen.	Wir gehen davon aus, dass der Diversity Gedanke dem System der Hochschule immanent ist und von den Hochschulleitungen aus eigener Überzeugung verfolgt wird.	Gar nicht.

		<p>Wir wollen darüber hinaus nach dem Vorbild Berlins ein Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen und so als Land klarstellen, dass Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung, einer antisemitischen Zuschreibung, der Sprache, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen Identität, der geschlechtlichen und Gender-Identität sowie des sozialen Status durch öffentliche Stellen nicht toleriert werden. Das umfasst auch die Hochschulen.</p>			
--	--	--	--	--	--

Frage 5.10 Etablierung von zwei neuen Professuren in Sachsen-Anhalt

- a) Werden Sie für die Etablierung einer Professur für Gender Studies an einer Hochschule/Universität in Sachsen-Anhalt sorgen?
 b) Werden Sie für die Etablierung einer Professur für Queer Studies an einer Hochschule/Universität in Sachsen-Anhalt sorgen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Grundsätzlich befürworten wir die Einrichtung derartiger Professuren. Hierzu sind jedoch aufgrund der Freiheit von Forschung und Lehre stets Abstimmungsprozesse mit den Hochschulleitungen notwendig – die Entscheidung kann nicht einseitig von der Politik getroffen werden. Durch die Unterstützung von z. B. Stiftungsprofessuren lassen sich hier dennoch bei Wunsch und Bedarf Lösungswege zur Etablierung von Gender-/Queer-Studies-Professuren finden.	Ja, wir unterstützen eine Professur für Gender Studies in Sachsen-Anhalt. Ja, wir unterstützen eine Professur für Queer Studies in Sachsen-Anhalt.	Wir setzen uns für eine dauerhaft etablierte Geschlechterforschung an den Universitäten und Hochschulen und deren Stärkung ein. Darin sollten unserer Ansicht nach auch "Queer Studies" einbezogen werden. Denkbar wäre darüber hinaus die Schaffung einer Kooperationsplattform zwischen den Hochschulen und ein gemeinsames Promotionskolleg.	Die Einrichtung von Professuren und die Förderung von Gruppen innerhalb der Hochschulen unterliegt der Hochschulautonomie, in die die Freien Demokraten nicht eingreifen werden.	In keinem Fall. Wir sollten neue Professuren nur für sinnvolle Dinge einrichten. Deshalb werden wir auch versuchen, bestehende Professuren, die bereits jetzt Genderstudies gewidmet sind, umzuwidmen und wieder ordentlichen Universitätsfächern zuzuordnen.

Frage 5.11 Queere Hochschulgruppen und Referate fördern

Wie werden Sie queere Hochschulgruppen und queere (Fach-)Referate an Hochschulen und Universitäten in Zukunft weiter unterstützen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Bei unserem Vorhaben zur personellen und finanziellen Stärkung von Unterstützungsstrukturen für queere Menschen wollen wir uns unter anderem auf die Anlaufstellen für junge Erwachsene – mithin also auch auf LSBTIQ*-Studierende – konzentrieren. Queere Hochschulgruppen und Fachreferate sollen dadurch ihre Arbeit fortführen u. ausweiten können.	Wir wollen weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit queeren Hochschulgruppen und Referaten und freuen uns, interessante Projekte und Aktionen unterstützen zu dürfen.	Die Selbstverwaltung der Studierendenschaften sieht DIE LINKE als große Errungenschaft und Ausdruck studentischer Demokratie. Diese Selbstverwaltung gilt es zu schützen und zu erhalten. Daher werden wir uns weiter für die Beibehaltung der finanziellen Unterstützung der Studierendenschaften einsetzen.	Keine konkrete Antwort	Gar nicht.